

Stadt Bern
Direktion für Tiefbau Verkehr und Stadtgrün
Generalsekretariat
Bundesgasse 38
3011 Bern

Vernehmlassungsbericht zum Sauberkeitsrappen

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Vernehmlassung zur obengenannten Vorlage. Wir reichen Ihnen unsere Stellungnahme hiermit fristgerecht ein.

Grundsatz

In der Vernehmlassung zur Vorlage über das Abfallreglement: «Gebühr für die Entsorgung von Siedlungsabfällen aus dem öffentlichen Raum (Sauberkeitsrappen)» kritisieren die Jungfreisinnigen die Wirkung des neuen Reglements sowie die zusätzliche Belastung des Gewerbes.

Laut Bericht des Gemeinderates verfolgt der Sauberkeitsrappen zwei Ziele: Einerseits soll Abfall reduziert werden und andererseits soll der Sauberkeitsrappen als Finanzierungsinstrument für die Entsorgung des Abfalls im öffentlichen Raum dienen.

Nach Meinung der Jungfreisinnigen Stadt Bern wird mit dem neuen Reglement kein Anreiz geschaffen, dass sich jeder an der Abfallreduktion im öffentlichen Raum beteiligt. Die Kosten für die Verursachung von Abfall werden lediglich auf das Gewerbe abgewälzt. Zwar sieht das neue Reglement eine Senkung der Gebühr für Detailhändler vor, welche von sich aus Massnahmen gegen Littering ergreifen. Gewerbebetriebe sorgen jedoch schon heute auf freiwilliger Basis mit mehreren Massnahmen gegen einen Anstieg des Abfalls im öffentlichen Raum. Es kann nicht erwartet werden, dass jeder Gewerbler nebst her noch Abfallspezialist wird.

Kritikpunkte an der zu unterbreitenden Vorlage

1. Steigende Bürokratie

Die angedachte Selbstdeklaration kann willkürlich missbraucht werden und ist nur mit grossem Aufwand durch die Behörden zu kontrollieren (noch mehr Personal in der Verwaltung der Stadt Bern!). Für ein Kleinunternehmen ist die Deklaration zur Berechnung der Gebühr zudem ein enormer zusätzlicher administrativer Aufwand. Die Jungfreisinnigen wehren sich entschieden gegen ein weiteres Bürokratiemonster, welches unnötig das Gewerbe belastet.

Des Weiteren nimmt der Gemeinderat in Kauf, dass die zusätzlichen Kosten auf die Kundinnen und Kunden abgewälzt werden müssen und die Kleinstbetriebe so Kunden verlieren könnten. Es geht hier nicht um die riesigen, gut fluktuierten Take Aways der Grossverteiler, sondern um den Kaffeeladen, der seinen Kunden die Preiserhöhung von 30 Rp. aufgrund der neuen Gebühr erklären muss.

2. Mehrfachbelastung für KMU's

Die Jungfreisinnigen stören sich daran, dass Gewerbebetriebe neu doppelt zur Kasse gebeten werden. Einerseits sollen KMU's mit der neuen Gebühr 3.4 Mio. Franken an die Abfallkosten beitragen. Der Restbetrag von 7.6 Mio. Franken soll durch alle Steuerzahlenden übernommen werden. Zudem bezahlen Gewerbebetriebe bereits jetzt die Entsorgung des anfallenden Abfalls im und um den Betrieb selbst. Diese finanzielle Mehrfachbelastung ist ungerecht und schwächt das bis anhin schon stark belastete Gewerbe in der Stadt Bern.

Eckwerte einer verbesserten Vorlage

Die Jungfreisinnigen Stadt Bern sind ebenfalls der Meinung, dass die Zunahme des Abfalls im öffentlichen Raum ein Problem darstellt. Das bestehende Littering-Gesetz bietet heute bereits genug Handlungsspielraum, um die Kosten für die Abfallbeseitigung im öffentlichen Raum zu decken. Dieses Gesetz muss konsequenter angewendet werden und es braucht daher keine neuen Steuern auf Kosten des Gewerbes.

Umweltbewusstsein fängt bei jedem einzelnen an. Dementsprechend muss jeder und jede auf den individuellen Konsum achten.